

Stand: 04.02.2026 16:48:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6930

"Keine Rückkehr in die Kreidezeit - Medienbildung statt Medienverbot!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6930 vom 04.06.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 52 vom 05.06.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/7549 des BI vom 26.06.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 22.07.2025
5. Beschluss des Plenums 19/8707 vom 29.10.2025
6. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 29.10.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahé, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den am 2. Juni 2025 angekündigten Kurswechsel bezüglich der digitalen Ausstattung von Schülerinnen und Schülern zurückzunehmen und an der schrittweisen 1:1-Ausstattung ab der 5. Jahrgangsstufe festzuhalten.

Der Landtag appelliert an die Staatsregierung, die Expertise der Lehrkräfte wertzuschätzen, da diese didaktisch am besten einschätzen können, welche Lernmittel eingesetzt werden. Deren Entscheidungsverantwortung gilt es zu stärken, anstatt mit Verbots- und Regulierungen eine moderne Schulentwicklung zu behindern.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, ein umfassendes, verbindliches und altersgerechtes medienpädagogisches Gesamtkonzept für alle Schularten zu entwickeln, das sowohl Medienerziehung als auch Mediendidaktik berücksichtigt und klare Leitlinien für den pädagogisch sinnvollen Einsatz digitaler Medien in allen Jahrgangsstufen enthält.

Begründung:

Die am 2. Juni 2025 durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsministerin für Unterricht und Kultus Anna Stoltz angekündigte Verschiebung der digitalen Ausstattung von Schülerinnen und Schülern auf die 8. Jahrgangsstufe hat an Bayerns Schulen – insbesondere an Realschulen – für erhebliche Verunsicherung gesorgt. Schulen, die sich in den vergangenen Jahren auf den Weg gemacht haben, mediapädagogisch fundierte und didaktisch durchdachte Konzepte für eine 1:1-Ausstattung ab der 5. Klasse zu entwickeln, sehen ihre Arbeit delegitimiert und gefährdet. Viele Planungen für das kommende Schuljahr – inklusive Fortbildungen, Elternabenden, Bestellungen und Projekttagen – sind bereits abgeschlossen. Eine abrupte Richtungsänderung ist weder schulorganisatorisch zu verantworten noch bildungspolitisch zielführend.

Die Entscheidung widerspricht nicht nur dem Koalitionsvertrag und dem Kabinettsbeschluss von 2024, sondern auch dem Anspruch, digitale Bildung strategisch, nachhaltig und altersgerecht zu verankern. Die pauschale Aussage „umso jünger, umso weniger digital“ greift zu kurz. Vielmehr brauchen Kinder und Jugendliche altersgemäße Zugänge zu digitalen Lernformaten, um medienkompetent aufzuwachsen – im geschützten Raum der Schule, mit pädagogischer Begleitung.

In einer zunehmend digitalen Lebens- und Arbeitswelt ist Medienbildung kein Zusatz, sondern eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, berufliche Zukunftsfähigkeit und demokratische Mündigkeit. Die Vermittlung analoger Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen steht dabei nicht im Widerspruch zum Einsatz digitaler

Medien – sie können sich sinnvoll ergänzen, wenn sie konzeptionell gut eingebettet sind. Dies haben viele Schulen in Bayern bereits erfolgreich unter Beweis gestellt.

Zudem ist Medienbildung ein zentraler Baustein politischer Bildung. Die Fähigkeit, Informationen einzuordnen, Fake News zu erkennen, Algorithmen zu verstehen und sich eine eigene Meinung zu bilden, muss von Anfang an vermittelt werden – nicht erst ab der 8. Klasse. Die Schule muss Kinder und Jugendliche dazu befähigen, souverän und kritisch mit digitalen Inhalten umzugehen.

Ein solcher Bildungsauftrag verlangt nach einem landesweiten, verbindlichen medienpädagogischen Konzept, das sowohl Lehrkräfteausbildung als auch Fortbildung einschließt und didaktische Innovationen ermöglicht. Gleichzeitig müssen Schulen die notwendige Freiheit und Ausstattung behalten, um bewährte Konzepte fortzuführen und neue Modelle zu erproben.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, ihre Kehrtwende zu überdenken und stattdessen auf Verlässlichkeit, pädagogische Differenzierung und eine moderne, medienkompetente Bildungspolitik zu setzen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/6929 und 19/6930 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/6930**

Keine Rückkehr in die Kreidezeit - Medienbildung statt Medienverbot!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter:

Benjamin Adjei

Mitberichterstatter:

Kristan Freiherr von Waldenfels

II. Bericht:

1. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 27. Sitzung am 26. Juni 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind augenscheinlich alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 - Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 - Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung –
Bereitschaft 2030
JOIN(2025) 120 final
BR-Drs. 156/25
Drs. 19/6831, 19/7590 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge
JOIN(2025) 130 final; Ratsdok. 7558/25
BR-Drs. 167/25
Drs. 19/6832, 19/7580 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge wird mit den auf Drs. 19/7580 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Spar- und Investitionsunion:
Eine Strategie zur Förderung von Wohlstand und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in der EU
COM(2025) 124 final
BR-Drs. 120/25
Drs. 19/6833, 19/7592 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird mit den auf Drs. 19/7592 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus wird der Beschluss des Bayerischen Landtags unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ENTH

A

4. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss für Regionen:

Ein europäischer Aktionsplan für Stahl und Metall
COM(2025) 124 final
BR-Drs. 169/25
Drs. 19/6834, 19/7593 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

5. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Aktionsplan für erschwingliche Energie – Erschließung des wahren Werts unserer Energieunion zur Sicherstellung einer erschwinglichen, effizienten und sauberen Energieversorgung für alle Europäer
COM(2025 79) final

BR-Drs. 131/25

Drs. 19/6835, 19/7594 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

6. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Dekarbonisierung von Unternehmensflotten
COM(2025) 96 final
BR-Drs. 130/25
Drs. 19/6836, 19/7595 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zu einem Aktionsplan für Grundkompetenzen
COM(2025) 88 final
BR-Drs. 135/25
Drs. 19/6846, 19/7578 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben mit den auf Drs. 19/7578 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Ein Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern: Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

COM(2025) 89 final

BR-Drs. 136/25

Drs. 19/6847, 19/7579 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen.

Das Vorhaben mit den auf Drs. 19/7579 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



9. Nicht legislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für den KI-Kontinent

COM(2025) 165 final

BR-Drs. 209/25

Drs. 19/6921, 19/7583 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/7583 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Paket Europäische Netze
13.05.2025 - 05.08.2025
Drs. 19/6918, 19/7596 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7596 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

 ENTH

11. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Öffentliche Konsultation zur Strategie für die Datenunion
("Data Union Strategy")
23.05.2025 - 18.07.2025
Drs. 19/6919, 19/7597 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs.19/7597 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD

 ENTH

Anträge

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann,
Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler u.a. SPD
Umsetzung des Bayerischen Krebsregistergesetzes
Drs. 19/6404, 19/7525 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag: Planungsstand der Reform des Praktischen Jahres
an Bayerischen Kliniken
Drs. 19/6570, 19/7543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leben retten! Wiederbelebung in der Schule lernen!
Drs. 19/6580, 19/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz bei Behandlungsfehlern wagen!
Qualität im Gesundheitswesen verbessern!
Drs. 19/6581, 19/7538 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren I.:
Erhaltung von Kernkraft-Know-how in Bayern sicherstellen
Drs. 19/6597, 19/7247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

17. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren II.:
Forschungsstand zur Kernkraft in Bayern ermitteln
Drs. 19/6598, 19/7544 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

18. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltrisiken der Endlagerproblematik minimieren III.:
Aktuellen Stand der Endlagerproblematik beleuchten
Drs. 19/6599, 19/7248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU Bürokratieabbau in Sachen Steuerbefreiung für Fahrzeuge der Land- und Forstwirtschaft
Drs. 19/6605, 19/7532 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz für Patienten in psychiatrischen Einrichtungen – Konsequenzen aus einem tragischen Vorfall
Drs. 19/6631, 19/7526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbreitung antisemitischer Stereotypen und Narrative in Schulen monitoren und wirkungsvoll bekämpfen!
Drs. 19/6683, 19/7550 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Kurorte in der Krise
Drs. 19/6727, 19/7528 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Transparente und faire Versetzungsverfahren
und Stellenzuweisungen von Lehrkräften
Drs. 19/6732, 19/7546 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Einschleusung beenden!
Drs. 19/6745, 19/7573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Verpackungssteuer ermöglichen – Schluss mit der
Steuerverbotspolitik der Staatsregierung zulasten der Kommunen
Drs. 19/6746, 19/7408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Nicole Bäumler, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Schulen schützen – Rechtsextremismus bekämpfen,
Demokratie stärken
Drs. 19/6747, 19/7547 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung über die Einführung von Reallaboren und „regulatorischen Sandkästen“ in Bayern
Drs. 19/6758, 19/7558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
AfD-Forderung und CSU-Wahlversprechen einhalten:
Lieferkettengesetze jetzt abschaffen!
Drs. 19/6801, 19/7553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung für angehende Ärztinnen und Ärzte im Praktischen Jahr
Drs. 19/6802, 19/7539 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Mittelfränkische Bedarfsplanung Hallenbäder – Kommunale Zusammenarbeit in einer Musterregion Mittelfranken
Drs. 19/6803, 19/7409 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Grundrechte queerer Menschen in Europa verteidigen
Drs. 19/6808, 19/7358 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam mit den Kirchen handeln:
Jetzt die Zukunft unserer Gotteshäuser sichern helfen
Drs. 19/6810, 19/7585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag des Abgeordneten Kristan Freiherr von Waldenfels CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunalförderrichtlinie für ärztliche Versorgung auch für Landkreise als Maßnahmenträger öffnen
Drs. 19/6815, 19/7527 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Integration und Bereitstellung von künstlicher Intelligenz (LLMs) in der Lehre bayerischer Hochschulen und Universitäten
Drs. 19/6821, 19/7540 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Augsburger Eiskanal erhalten!
Drs. 19/6825, 19/7410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
100 Prozent Zuschuss im Abrechnungsjahr für Kitas
Drs. 19/6826, 19/7605 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Roland Weigert u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler u.a. CSU Resilientes Bayern:
Berücksichtigung des Bevölkerungsschutzes bei Bauvorhaben
Drs. 19/6827, 19/7576 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

38. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen!
Drs. 19/6853, 19/7534 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Für die Stärkung von Heimat, Volk und Vaterland: Flagge zeigen!
Drs. 19/6859, 19/7586 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

40. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüttig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schreibkompetenz verstärkt fördern
Drs. 19/6870, 19/7548 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft des Augsburger Eiskanals sichern - verlässliche Trainings- und Wettkampfbedingungen auch bei Niedrigwasser
Drs. 19/6879, 19/7412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Anna Rasehorn, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kommunale Selbstverwaltung achten:
Verbotspolitik der Staatsregierung beenden!
Drs. 19/6890, 19/7413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

43. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bürokratieabbau für Bayern: Zusammenlegung von Handels- und Transparenzregister
Drs. 19/6911, 19/7554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Potenzielle Voreingenommenheit privater Medien offenlegen
Drs. 19/6912, 19/7555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Gedenkort gegen Linksextremismus:
Die „Landshut“ nach Landshut holen!
Drs. 19/6929, 19/7551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!
Drs. 19/6930, 19/7549 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planungssicherheit für die Bayerische Filmindustrie:
Reform der Filmförderung zügig und vollumfänglich umsetzen!
Drs. 19/6938, 19/7556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine zweite Runde:
Weg mit dem Sitzenbleiben, dafür Chancen schaffen!
Drs. 19/6939, 19/7587 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Serie von Brandanschlägen auf die Polizei und Infrastruktur in Bayern
Drs. 19/6943, 19/7530 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Mehr Sicherheit an Bayerns Schulen –
Anstieg der Gewalt konsequent stoppen
Drs. 19/6945, 19/7588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

51. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Ja zu Olympia in München und Bayern!
Drs. 19/6982, 19/7575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Benachteiligung Bayerns bei der Windenergie:
Referenzierungsmodell beibehalten
Drs. 19/6984, 19/7557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD), Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertenanhörung zu den Auswirkungen auf Natur und Alpen sowie europäisches Umweltrecht durch das dritte Modernisierungsgesetz der Staatsregierung
Drs. 19/6986, 19/7533 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Chance nutzen, Pendler entlasten!
Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale
Drs. 19/7014, 19/7537 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Stärkung und Ausbau der lokalen Grundversorgung
durch gezielte Förderprogramme im ländlichen Raum
Drs. 19/7016, 19/7529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Begrenzung von Asylunterkünften in Bayern –
günstigen Wohnraum zuerst für Deutsche schaffen!
Drs. 19/7017, 19/7536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen I:
Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien
Drs. 19/7089, 19/7541 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Antisemitismus bekämpfen II: Wissenschaftliche Zusammenarbeit
und Studierendenaustausch intensivieren!
Drs. 19/7090, 19/7542 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

59. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht zum Schulversuch über eine Eingangsstufe
an der vierstufigen Wirtschaftsschule
Drs. 19/7143, 19/7589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

60. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für Buren aus Südafrika
gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Asylgesetz aufgrund begründeter Furcht
vor rassistischer Verfolgung
Drs. 19/7189, 19/7574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/6930, 19/7549

Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Norbert Dünkel

Abg. Kristan Freiherr von Waldenfels

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,

Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Rückkehr in die Kreidezeit - Medienbildung statt Medienverbot!

(Drs. 19/6930)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Benjamin Adjei für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Wochen vor der Sommerpause einen bildungspolitischen Rückschritt mit Ansage erlebt. Während die Schulen in Bayern schon längst auf dem Weg in eine digitale Zukunft sind, zieht die Staatsregierung ganz plötzlich die Handbremse, und zwar ohne Vorwarnung, ohne Konzept und vor allem auch ohne Vertrauen in die Lehrkräfte und die Schulfamilie.

Mit der Entscheidung, die Tablets erst ab der 8. Klasse in den Schulen einzuführen, führen Sie Bayerns Schulen zurück in die Kreidezeit, und das ausgerechnet in einem Land, das von sich behauptet, immer in Richtung Zukunft und Innovation zu denken. Schulen haben in den letzten Jahren pädagogische Konzepte entwickelt. Sie haben Lehrkräfte weiterentwickelt, fortgebildet, Eltern mit eingebunden, Geräte bestellt und Software beschafft.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

All diese Planungen werden jetzt über Nacht infrage gestellt. Das ist nicht nur ein organisatorisches Desaster, nein, das ist eine Missachtung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern, die sich auf den Weg gemacht haben, die Schule moderner und zukunftsgewandter zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nein, Medienbildung ist kein Nice-to-have, sie ist vielmehr eine Grundkompetenz genauso wie Lesen, Schreiben und Rechnen. In einer Zeit, in der Kinder schon in der Grundschule mit Algorithmen, Filtern und Desinformation konfrontiert sind, ist es unsere Pflicht, sie stark zu machen, und zwar in der Schule als einem geschützten Raum mit pädagogischer Begleitung. Wer meint, Kinder vor digitalen Medien schützen zu müssen, indem man sie vorenthält, verkennt: Bildung heißt Befähigen und nicht Fernhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Lehrkräfte wissen doch am besten, welche Methoden und Medien wann sinnvoll eingesetzt sind. Lassen Sie uns also ihre pädagogische Verantwortung stärken, statt sie durch zentrale Verbote zu entmündigen.

In der Debatte kommt immer wieder ein Verweis auf Schweden – wir waren als Ausschuss vor einigen Tagen in Schweden. Dort wird tatsächlich über leichte Korrekturen beim Thema Digitalisierung in den Schulen diskutiert. Es gibt dort aber eine ganz andere Ausgangslage. In Schweden gibt es mittlerweile Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Schullaufbahn kein einziges analoges Lehrbuch mehr zu Gesicht bekommen haben. In Schweden wird in diesen Extrempfällen etwas nachkorrigiert. Man geht dort von 100-prozentiger Digitalisierung zurück zu einer 95-prozentigen, weil dort erkannt wurde, dass beide Medienformate – digitale wie auch analoge – im Schulalltag für ein gutes Lernumfeld notwendig sind. Darum geht es. Es geht nicht um das eine oder das andere, sondern es geht darum, beides sinnvoll zu nutzen. So weit sind wir hier in Bayern noch gar nicht. So ein Feintuning von 100 % auf 95 % geht gar nicht, weil wir hier in Bayern nichts zum Feintunen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der wirkliche Grund hinter dieser Entscheidung ist am Ende nicht die Pädagogik, mit der dann immer argumentiert wird, sondern das ist vor allem die Haushaltspolitik. Wir haben heute auch schon wieder sehr intensiv über Finanzen und Haushaltsmittel gesprochen. Wenn jedes Kind ab der fünften Klasse ein Tablet in die Hand bekommt, dann braucht es nach drei Jahren ein neues. Genau das will man sich jetzt sparen. Am Ende geht das auf Kosten der Bildungsgerechtigkeit, und das darf nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Leidtragenden dieses Kurswechsels sind am Ende die Kinder, die kein eigenes Gerät zu Hause haben. Das sieht man übrigens auch daran, welche Schulen jetzt besonders betroffen sind. 90 % der Realschulen, die am Programm "Digitale Schule der Zukunft" teilgenommen haben, und sogar 92 % der Mittelschulen starten mit der Ausstattung 1 : 1 in der fünften, sechsten oder siebten Klasse. Denen nehmen Sie jetzt ihre Konzepte, ihre Ideen, ihre Pädagogik weg und schreiben ihnen aus München, aus der Staatskanzlei, aus dem Ministerium heraus vor,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So ein Quatsch!)

was sie in Zukunft zu machen haben. Das geht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer Chancengleichheit ernst meint, darf Medienkompetenz nicht vom Einkommen der Eltern und vom Elternhaus abhängig machen. Deshalb fordern wir mit diesem Antrag, Bildungsgerechtigkeit, digitale Kompetenzvermittlung schon ab der fünften Klasse wieder voll mit aufzunehmen.

Uns geht es dabei nicht um Technikfetischismus. Ganz im Gegenteil: Wir wollen eine kluge und verantwortungsvolle Medienpädagogik, die die Kinder und die Lehrkräfte durch ein verbindliches medienpädagogisches Gesamtkonzept in allen Schularten stärkt, eine solide Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und endlich Verlässlichkeit

statt Zickzackpolitik. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer heute Kreidezeit predigt, nimmt den Kindern von morgen die Zukunft. Deshalb sagen wir ganz klar: Wir brauchen –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege!

Benjamin Adjei (GRÜNE): – Medienbildung, statt –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit!

Benjamin Adjei (GRÜNE): – Medienverbote.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es ist pünktlich noch eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Norbert Dünkel für die CSU-Fraktion hereingekommen. Bitte schön.

Norbert Dünkel (CSU): Lieber geschätzter Kollege, nicht nur in Schweden wird nachjustiert. In England wird nachjustiert, und in Kanada wird nachjustiert. Wir haben eine Orientierung in den USA. Wir haben ganz besonders in Frankreich – –

Als langjähriges Mitglied im Bildungsausschuss und vielleicht auch aus einem Kontext für Menschen mit Handicap heraus sage ich: Wir stellen fest, dass wir in allen Bereichen – in den Kindertagesstätten und insbesondere an den Schulen, in den Grund- und Mittelschulen – immer mehr Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten haben. Wir haben eine Expertise der Universität in Ulm, die belegt, dass das insbesondere auf neue Anwendungen, neue Medien zurückzuführen ist, und wir sind gerade dabei zu überlegen – ich meine auch in einem guten und im Übrigen auch parteiübergreifenden Kontext –,

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit!

Norbert Dünkel (CSU): – wie wir das justieren können. Wir wollen nichts verbieten, –

–

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege!

Norbert Dünkel (CSU): – aber gemeinsam –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit ist um!

Norbert Dünkel (CSU): – zu einem neuen Weg kommen.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Herr Kollege Dünkel, ich weiß nicht, ob Sie tatsächlich der Meinung sind, dass man die Medienkompetenz mehr stärken würde, wenn man jetzt einfach die Tablets aus den Schulen herausnehme. Sie haben gerade gesagt, wir hätten durch die digitalen Medien – übrigens nicht in der Schule, sondern vor allem im privaten Umfeld – Herausforderungen und Veränderungen im Bereich unserer Gesellschaft bei den Kindern und auch bei den Erwachsenen. – Deshalb ist es wichtig, junge Leute darauf vorzubereiten, mit digitalen Medien umzugehen.

Ich nehme jetzt einmal eine Mittelschule: Wenn ich die digitalen Geräte erst ab der achten Klasse in den Unterricht mit einbaue, dann haben die Kinder ein Schuljahr – in der neunten Klasse ist das Abschlussjahr –, in dem man versuchen kann, Medienkompetenzen noch irgendwie zu vermitteln. Das ist übrigens auch der Grund, warum 92 % der Mittelschulen in der fünften, sechsten oder siebten Klasse damit angefangen haben.

Dort sind pädagogische Fachkräfte, die sich damit auskennen. Ich glaube, da sollten wir in der Politik nicht sagen: "Eure Konzepte sind schlecht, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, die Redezeit!

Benjamin Adjei (GRÜNE): – macht es später", sondern wir sollten ihnen die Verantwortung dafür geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Freiherr von Waldenfels für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits vor zehn Jahren hat die London School of Economics eine breit angelegte Studie durchgeführt. Sie kam zu dem Schluss, dass ein Handyverbot an Schulen signifikant besonders bei leistungsschwächeren Schülern und sozial schwächeren Schülern direkt zu unmittelbar besseren Testergebnissen – im Schnitt zu 6 % besseren Ergebnissen – führe. Das sei damit übrigens ein erheblicher Beitrag zu einer größeren Bildungsgerechtigkeit. – Das war, wie gesagt, bereits vor zehn Jahren.

Schauen wir uns darüber hinaus an: 2018 wurden von der renommierten internationalen Fachzeitschrift "Educational Research Review" 54 Studien zusammengefasst, die 171.000 Schülerinnen und Schüler weltweit betroffen haben. Man kam zu dem eindeutigen Schluss, dass Medienkompetenz wichtig sei, aber dass insgesamt das Vermögen zum Textverstehen – die Textverstehens- und Texterschließungskompetenz – mit auf Papier gebundener Literatur im Gros, im Mittel besser gelinge.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Der Einzige, der hier Kreidezeit predigt, sind Sie, lieber Kollege Adjei.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Sie sprechen von Kreidezeit. Letztlich geht es aber nicht um die Frage, ob wir Medien in der Schule einsetzen; denn das tun wir ohnehin. Auch in der Unterstufe gibt es Leihgeräte über den DigitalPakt Schule, über die bayerischen Programme. 80 % der Schulen in Bayern sind bereits in der "Digitalen Schule der Zukunft". 12.000 Klassen haben in Bayern bereits eine Ausstattung von 1 : 1. Die Frage ist deshalb letztendlich nicht, ob wir Medienerziehung in der Schule brauchen,

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

sondern die Frage lautet, wie viel wir brauchen.

(Beifall bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Wenn wir nach der Studienlage gehen, dann sehen wir da doch den ganz deutlichen Auftrag. Wir als Bildungspolitiker können doch nicht einfach zusehen, wie der Bildungserfolg geshmälert wird, weil wir die Bücher aus der Schule herausschmeißen und alles nur digital machen wollen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Mittelweg ist doch auch hier das richtige Konzept. Wir stellen den Schulen ab der achten Klasse die entsprechenden Geräte zur Verfügung. Wie gesagt, 12.000 Klassen in Bayern sind bereits mit einer unglaublichen Durchsetzungskraft entsprechend ausgestattet. Zudem gibt es die Möglichkeit, wenn die Schulen die entsprechenden pädagogischen Konzepte haben, auch an der von Ihnen zitierten Mittelschule bereits ab der siebten Klasse diese Ausstattung von 1 : 1, diese bürokratiearme Ausstattung mit Schülergeräten vorzunehmen.

Das heißt ganz eindeutig: Diesem Ansatz folgen wir im Übrigen auch mit der Änderung des Artikels 56 Absatz 5 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes, wonach wir dann eben auch eine Ausweitung des Handyverbots für die Unterstufe erzielen wollen. Insofern: Lassen wir uns nicht beirren. Lassen Sie uns auf die wissenschaftliche Basis und auf die Erfahrung und die größere Flexibilität der Lehrkräfte bauen, welche pädagogischen Konzepte sie letztlich einsetzen wollen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Die sind alle an den Schulen vorhanden, und wir müssen nicht noch das tun, was uns Wissenschaftler nicht empfehlen, sondern wovon sie uns sogar abraten. Ich plädiere auf Ablehnung dieses Antrags.

(Beifall bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Adjei für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Kristan, du sprichst Studien an. Man kann immer die eine Studie oder die andere zitieren. Ich nehme die FU Erlangen, die jetzt erst ganz aktuell in diesem Jahr eine Studie dazu veröffentlicht hat. Dort steht ganz klar, dass pädagogisch begleitete digitale Endgeräte in Schulen sogar schon ab der Grundschule Sinn machen würden. Es ist immer die Frage, was "pädagogisch begleitet" heißt. Aber die Studie besagt, dass digitale Endgeräte 1 : 1 hilfreich sind, wenn es entsprechend pädagogisch begleitet ist.

Uns fehlt die pädagogische Begleitung. Das ist das große Problem. Ich nehme auch nicht die Kreide und die Tafel weg, weil ich sage, wir haben kein pädagogisches Konzept, sondern ich entwickle ein pädagogisches Konzept, um die Technik am Ende nutzen zu können.

Auf die Mittelschulen bist du jetzt gar nicht eingegangen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Zeit!)

Wie stehst du dazu, dass 92 % der Mittelschulen mit ihrem Konzept bisher in der fünften, sechsten oder siebten Klasse einsteigen?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Sehr wohl bin ich auf die Mittelschule eingegangen. Ich habe extra gesagt, dass man bereits ab der siebten Klasse, wenn das pädagogische Konzept vorliegt, die 1 : 1-Ausstattung vornehmen kann. Es ist übrigens ein Trugschluss, dass man, nur weil man keine 1 : 1-Ausstattung hat, dann nicht die entsprechenden Pädagoginnen und Pädagogen hätte, die die Medienerziehung vornehmen. Wir haben sehr wohl Sachaufwandsträger, die im DigitalPakt Schule und in anderen Programmen Leihgeräte zur Verfügung stellen können.

Letzter Punkt: Ich habe mich absichtlich nicht nur auf eine Studie bezogen, sondern auf 54.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Markus Walbrunn für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Auch Holzwege wollen zu Ende gegangen werden. Eine der zentralen Schwächen linken Denkens ist seit jeher der unbedingte Fortschrittsglaube, die Progressivität, die eben kein Innehalten und keine Umkehr zulässt, auch wenn man sich ganz offensichtlich verirrt hat und die Klippe am Horizont schon klar erkennbar wird. So nett ich den Titel dieses grünen Antrags auch finde, "Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!", eigentlich, das wissen wir doch alle, wäre es für Sie passender gewesen, ihn folgendermaßen zu nennen: Die Digitalisierung in ihrem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.

(Beifall bei der AfD)

Mit dem vorliegenden Antrag soll die Staatsregierung im Wesentlichen aufgefordert werden, den am 2. Juni angekündigten Kurswechsel bezüglich der digitalen Ausstattung unserer Schüler zurückzunehmen und an der schrittweisen 1 : 1-Ausstattung von Schülern mit digitalen Endgeräten ab der fünften Jahrgangsstufe festzuhalten.

Offen gesprochen: Dass die GRÜNEN diesen Antrag nach den Ausschussreisen in die Schweiz und nach Schweden aufrechterhalten, kann ich mir eben nicht anders als mit ideologischem Starrsinn erklären. Die internationalen Vergleiche und Studien wie unter anderem Pisa und Hattie – es wurden gerade noch weitere genannt –, zeichnen mehrheitlich doch ein recht klares Bild, nämlich dass mehr Digitalisierung eben nicht mehr Leistung bedeutet.

Es gibt keine empirische Evidenz dafür, dass die Nutzung von mehr digitalen Endgeräten im Übrigen auch zu einer Angleichung der Ergebnisse von Kindern aus wohlhabenden und sozial schwächeren Familien führen würde. Tatsächlich – der Kollege von Waldenfels hat eine davon angesprochen – sprechen mehrere Studien sogar genau für das Gegenteil. Die Behauptung, dass eine spätere 1 : 1-Ausstattung die Bildungsgerechtigkeit im Land behindern würde, ist also schon mal Unsinn.

Aus diesem Grund verwundert es im Übrigen nicht, dass digitale Vorreiter wie eben Schweden mittlerweile schon wieder am Zurückrudern sind. Sie nennen es "ein Stück weit korrigieren". Ich hatte dann in Stockholm doch einen etwas anderen Eindruck. Da ist mir das Buch schon fast als das neue Heilsversprechen, als revolutionäres neues Medium verkauft worden, von dem Handyverbot, das vor Ort geplant wird, ganz zu schweigen.

Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit modernen Mediengeräten, Suchmaschinen, KI usw. erlernen. Das steht außer Frage. Außer Frage steht auch, dass Schulen Werkzeuge unserer Zeit nutzen, um sich noch effizienter der Ausbildung der nächsten Generation verschreiben zu können – kein Thema.

Aus Sicht der AfD aber sollte der Unterricht an den Grundschulen noch vollständig analog erfolgen, insbesondere aufgrund der in diesem Lebensalter besonderen Bedeutung haptischer Erfahrungen für die Entwicklung der Kinder. Auch danach spricht eben viel dafür, die Nutzung digitaler Gerätschaften im Unterricht moderat zu implementieren. Ab der fünften Klasse gleich von null auf hundert umzuschalten, ist weder nötig noch sinnvoll, die Kurskorrektur der Frau Ministerin also zu begrüßen. Es ist auch nicht so, dass das Tablet oder der Rechner jetzt komplett aus den Jahrgangsstufen fünf bis sieben verschwinden würden oder für Kinder sozial schwächerer Familien unzugänglich würden. Computerräume, Leihgeräte und diverse andere Unterstützungsmöglichkeiten bestehen nach wie vor.

Aber seis drum. Die GRÜNEN wollen also die Kreidezeit beenden. Das namensgebende Zeitalter endete bekanntlich vor 66 Millionen Jahren mit der Auslöschung von drei Viertel aller Tierarten auf dem Planeten. Jetzt weiß ich nicht, ob sich die GRÜNEN als parteigewordene Naturkatastrophe verstehen. Ich würde sagen, einiges spricht dafür. Wir sollten aber dafür Sorge tragen, dass eine blinde Digitalisierung für unsere Schulen nicht einen Kahlschlag in der Bildung hinterlässt wie einst der Meteoriteneinschlag auf der Halbinsel Yukatán. Dafür braucht es Umsicht und eine nicht zu frühe Implementierung digitaler Endgeräte im Unterricht.

Kinder brauchen einen Kompass aus haptischer Erfahrung, Konzentrationsfähigkeit und fundiertem Wissen, bevor man sie in den durchaus ergiebigen und vielseitigen Urwald der digitalen Welt entlässt. Die von den GRÜNEN als Rückwärtsrolle geschmähzte Rückbesinnung auf einen weitgehend analogen Unterricht vor der achten Klasse ist richtig. Den vorliegenden Antrag braucht es hingegen nicht. Wie so oft sind die GRÜNEN auf dem Holzweg. Den vorliegenden Antrag lehnen wir entsprechend ab.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Martin Brunnhuber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wir müssen uns jetzt eines klarmachen: Die Erde dreht sich. Sie dreht sich jeden Tag eine Runde und hat sich schon ein paar Runden gedreht. Wenn man die Zeit früher anschaut: Da ist man mal um den Ofen gehockt und hat die Zeitung aufgeschlagen. Dann hat vielleicht der Papa vorgelesen aus der Zeitung.

Diese Zeiten sind vorbei. Die Medien haben im Häuslichen einen hohen Stellenwert. Das sieht man nicht nur bei den Kindern, sondern auch ganz stark bei den Eltern, die den ganzen Tag nur rumwischen und wenig kommunizieren. Deshalb ist dieser geschützte Rahmen der Schule ein sehr wichtiger, weil wir in der Schule noch die Möglichkeit haben nachzujustieren.

Eigentlich wollte ich das erst am Schluss machen. Ich erzähle Ihnen eine Geschichte aus meiner eigenen Schulzeit. Ich war stellvertretender Schulleiter. Wir hatten eine Schülerin in einer Berufsvorbereitungsmaßnahme, die hochschwanger war. Die Schülerin hatte eine Totgeburt. Das Erste, was sie gemacht hat: Sie fotografiert das tote Kind und stellt das Foto in die WhatsApp-Gruppe. Da ist mir zum ersten Mal gekommen, dass wir in der Schule noch viel mehr leisten müssen als 1 : 1-Ausstattung oder die Bereitstellung von Tablets. Das ist keine Medienerziehung.

Medienerziehung heißt medienethische Aspekte, wie verhalte ich mich im Netz, wie kann ich die Gefahren im Netz erkennen, und zum Beispiel auch: Welchen Mehrwert haben die Medien? Diese Diskussion würde ich gerne führen, anstatt nur ganz platt zu sagen: 1 : 1-Ausstattung heißt Digitalisierung, keine 1 : 1-Ausstattung heißt Nichtdigitalisierung. Das ist nämlich zu kurz gegriffen.

Da muss man die Expertensicht auf dieses Thema sehen. Die Expertensicht schaut nämlich folgendermaßen aus: Wir brauchen Medien und Digitalisierung genau da, wo sie Sinn machen, nirgendwo anders. Das bedeutet den Grundsatz: Je kleiner die Schülerinnen und Schüler, desto weniger digitale Medien. Bei dem Einsatz von digitalen Medien in den höheren Jahrgangsstufen muss immer der Mehrwert hinterfragt werden. Nur das bloße Ersetzen – das haben wir in Schweden erkannt – eines Schulbuches, das man auf dem Tablet liest, ist für mich keine Digitalisierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben in Bayern sehr gute Konzepte. Das hat man auch erkannt. Das haben die Schweden nicht, das haben die Finnen nicht. Wir sind da in Bayern wirklich voraus.

(Lachen des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir haben das ISB, das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, das hier sehr viele Handreichungen bietet und Unterstützungsmaterialien erstellt, und zwar für den praktischen Einsatz vor Ort. Wir haben in der Bildungsforschung sehr viel

Begleitforschung, die einen sinnvollen Einsatz von digitalen Medien an der Schule begleitet. Wir haben gute Konzepte. Deshalb lasse ich das nicht gelten – "Keine Rückkehr in die Kreidezeit – Medienbildung statt Medienverbot!" –, weil sich dieser Antrag nur auf das Tablet bezieht,

(Widerspruch des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

aber nicht auf die guten digitalen Konzepte, die wir jetzt bereits haben. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Benjamin Adjei das Wort. Bitte schön.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Lieber Martin, sehr schade, dass du unseren Antrag nicht gelesen hast.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Doch!

Benjamin Adjei (GRÜNE): Im Antrag steht, dass wir ein medienpädagogisches Gesamtkonzept fordern.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Das haben wir.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Das habe ich am Ende noch einmal gesagt; denn die Frage ist schon, wie am Ende medienpädagogisch vermittelt werden soll, wenn die entsprechenden Geräte nicht verfügbar sind und die Lehrkräfte nicht die Möglichkeiten haben, frei nach ihrem pädagogischen Ansatz die Medienpädagogik aufzuziehen.

Zum Thema Schweden, das du angesprochen hast: Ich habe einen ganz anderen Eindruck von unserem Aufenthalt in Schweden gehabt, und ich nenne ein Beispiel: Wir waren in einer fünften Klasse. In der fünften Klasse hatten sie Tablets, hatten einen

wunderbaren Schulraum, außen am Rand sind die Stühle und Tische gestanden, gearbeitet wurde in Gruppen. In den Gruppen spielten sie auf dem Tablet ein Spiel – das war ein Gamification-Ansatz –, zudem lagen ganz viele Blätter Papier herum, und die Kinder hatten eine Lupe in der Hand und haben damit Detektiv gespielt. Das heißt, sie verwendeten verschiedenste Medien, nämlich digitale und haptische Medien, und das alles in Gruppenarbeit. Sorry, ich weiß nicht, wo du in Bayern unterwegs bist, wenn du bei uns solche Ansätze angeblich als Standard siehst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege Dr. Brunnhuber, bitte schön.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Das ist meine Erfahrung aus der Schule. Ich war 23 Jahre Lehrer, und dabei habe ich diese Erfahrung gemacht. Andersherum: Auf die Ausstattung ist Kristan von Waldenfels ganz genau eingegangen. Wir haben die 1 : 1-Ausstattung ab der achten Klasse mit einem Begleitkonzept oder mit einem guten Konzept ab der siebten Klasse, und wir haben Schülerleihgeräte. Es gibt an jeder Schule Schülerleihgeräte, und der Zugang zu diesen digitalen Medien ist gegeben, aber nur dann, wenn er sinnvoll ist. Und nur um das Sinnvolle geht es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen! Ihr Ministerpräsident hat aus Spargründen eine digitale Kehrtwende an unseren Schulen eingeleitet. Im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN steht, dass spätestens bis zum Jahr 2028 sukzessive alle Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse ein digitales Endgerät erhalten sollen. Kaum ein Jahr später entscheidet die Staatsregierung, dass alle Schülerinnen und Schülern zukünftig erst ab der achten Klasse

ein digitales Endgerät erhalten sollen. Statt Fortschritt heißt es plötzlich Rückschritt. Der Ministerpräsident leitet damit die digitale Vollbremsung ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen ganz klar: Digitale Endgeräte an weiterführenden Schulen bis zur achten Klasse zu verbannen, macht einfach keinen Sinn. Natürlich brauchen wir auch analoges Lernen, sehr geehrter Herr von Waldenfels. Ist er noch hier? – Ja. Natürlich müssen Kinder und junge Menschen lesen, schreiben und rechnen können. Dabei hilft es auch, ein Buch in die Hand zu nehmen. Und es ist doch ein Schmarrn, wenn Sie sagen, wir wollen die Bücher aus der Schule verbannen. Das will doch kein Mensch; aber wir leben in einer digitalen Welt. Wir leben in einer Welt, in der es KI gibt, in der es Fake News und Social Media gibt. Das bestimmt doch unseren Alltag und den Alltag der jungen Menschen.

Wir leben in einer digitalen Realität, und die ist längst kein Nebenschauplatz mehr, sondern leider Fakt. Junge Menschen müssen auf diese digitale Welt vorbereitet werden. Das ist wichtig. Sie haben jetzt viele Studien zitiert. Ich möchte Ihnen eine zusätzliche Studie nennen, die Sie anscheinend nicht kennen. Die Universität Würzburg setzt sich nämlich genau mit der Frage auseinander, was der Unterschied zwischen einem Leihgerät und einer 1 : 1-Ausstattung ist. Und siehe da, was ist das Ergebnis dieser dreijährigen Studie der Universität Würzburg? – Es ist etwas völlig anderes, ob ein Kind ein Leihgerät oder durch die 1 : 1-Ausstattung ein eigenes Gerät in der Hand hat. Die 1 : 1-Ausstattung führt zu einer höheren Motivation von jungen Menschen. Sie haben bessere Lernfortschritte, und das wollen wir doch erreichen. Deswegen brauchen wir die 1 : 1-Ausstattung ab der fünften Klasse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Eines ist mir als Sozialdemokratin noch wichtig zu sagen: Beleuchten wir noch einmal die Mittelschulen. Die Schülerinnen und Schüler verlassen nach der neunten Klasse

die Mittelschule, um in eine digitale Arbeitswelt zu starten. Was passiert denn, wenn sie erst ab der achten Klasse die digitalen Endgeräte bekommen? Sie werden unvorbereitet in diese digitale Arbeitswelt entlassen. Wollt ihr das wirklich? Ich kann euch nur sagen, das ist doch ein Schmarrn, das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Glauben Sie das wirklich?)

Und noch ein Argument möchte ich Ihnen mitgeben. Digitale Endgeräte sind wirklich essenziell für die Schulen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wo ist jetzt das Argument?)

Was passiert denn, wenn wir den Kindern keine digitalen Endgeräte geben? – Jeder hat heute ein Handy. Die Kinder werden ohne pädagogische Begleitung, ohne kritische Reflexion, ohne nötiges Wissen mit diesen digitalen Inhalten konfrontiert. Das kann doch nicht unser Ziel sein. Das wollen wir verhindern.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist um.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Und deswegen sagen wir: Jedes Kind soll ab der fünften Klasse ein digitales Endgerät erhalten.

(Martin Wagle (CSU): Ihre Redezeit ist um!)

Ich hoffe, ich habe Sie jetzt überzeugt und habe Ihnen Argumente mitgegeben, um Herrn Söder zu überzeugen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Verbreitung antisemitischer Stereotypen und Narrative in Schulen monitoren und wirkungsvoll bekämpfen!" bekannt, Drucksache 19/6683: Mit Ja haben 32, mit Nein haben 106 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)